

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SONDERSITZUNG DES STADTRATES AM 22.07.2021

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 22.07.2021
Beginn: 18:45 Uhr
Ende: 22:00 Uhr
Ort: Alte Synagoge

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Stefan Güntner

CSU-Stadtratsfraktion

Stadträtin Nina Grötsch

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Timo Markert

Stadtrat Andreas Moser

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadträtin Sabrina Stemplowski

Stadträtin Hiltrud Stocker

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadtrat Klaus Heisel

Stadtrat Manfred Paul

ohne Ziffer 7.5

FW-FBW-Stadtratsfraktion

2. Bürgermeister Manfred Freitag

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

Stadtrat Tobias Volk

Stadtrat Georg Wittmann

GRÜNE-Stadtratsfraktion

Stadträtin Christa Büttner

ab 19:26 Uhr, Ziffer 4

Stadträtin Dr. Gisela Kramer-Grünwald

ab 19:11 Uhr, Ziffer 4

Stadtrat Klaus Sanzenbacher

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Walter Vierrether

Stadtrat Dirk Wittmann

fraktionslos

Bürgermeisterin Astrid Glos

UsW-Stadtratsgruppe

Stadtrat Werner May
KIK-Stadtratsgruppe
Stadtrat Klaus Christof
Stadtrat Wolfgang Popp
ÖDP-Stadtratsgruppe
Stadtrat Jens Pauluhn
Stadträtin Bianca Tröge
AfD-Stadtratsgruppe
Stadtrat Lars Goldbach
BP-Stadtratsgruppe
Stadtrat Uwe Hartmann
Ortssprecher
Ortssprecher Dieter Pfrenzinger
Schriftführerin
Angestellte Bettina Lode
Berichterstatte
Stabsstelle Claudia Biebl
Stadtkämmerin Elisa Dietenberger
Bauingenieur Oliver Graumann
Verwaltungsrat Ralph Hartner
Verwaltungsrätin Karin Pabst
Rechtsdirektorin Susanne Schmöger

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsgruppe
Stadtrat Siegfried Müller

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Stadtrates vom 17.06.2021

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 17.06.2021 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 GO als genehmigt.

2. Überwachung fließender Verkehr; Vorlage: 2021/174

Sachgebietsleiter Herr Winterstein führt aus, dass die Polizeiinspektion Kitzingen innerorts nur an Stellen mit hoher Unfallhäufigkeit messe und auch nur, wenn Kapazitäten vorhanden seien. Diese Situation habe jedoch zu Unzufriedenheit geführt. Der Gesetzgeber erlaube es, dass Kommune und Polizei parallel Messungen durchführen. Daher schlage man vor, dass die Stadt Kitzingen die Aufgabe zur Messung der Geschwindigkeit auf allen Straßen im Stadtgebiet übernimmt.

Im Vorfeld habe das Sachgebiet für öffentliche Sicherheit und Ordnung bei der Stadt Würzburg und der VG Kitzingen Erkundigungen eingezogen, wie diese mit dem Thema umgehen.

Stadt Würzburg: - Anschaffung von Geräten und Stellung des Personals
- vollumfängliche Übernahme der Aufgaben und der Verantwortung

- VG Kitzingen:
- bedient sich eines Drittanbieters. Keine eigenen Geräte, kein zusätzliches Personal.
 - Es müssen nur die Leistungen bezahlt werden, die auch angefallen sind.
Vorteil: Flexibilität. Geringeres wirtschaftliches Risiko
 - Alle Daten werden aufbereitet, so dass die Kommune die Bescheide schreiben kann und nur hoheitlich tätig werden muss.

Herr Winterstein betont, dass es nicht das Ziel sei, zusätzliche Einnahmen zu generieren, sondern Sicherheit auf den Straßen zu gewährleisten. Außerdem würden langsamer fahrende Autos auch weniger Verkehrslärm bedeuten. Die Verwaltung stimme anhand der eben genannten Argumente für die Beauftragung eines Drittanbieters.

Auf Nachfrage aus dem Gremium wird konkretisiert, dass für einen Drittanbieter Kosten in Höhe von ca. 79.000,00 € pro Jahr anfallen würden. Fest installierte Geschwindigkeitsmessgeräte seien sehr teuer und betreuungsintensiv.

Stadtrat Christof befürchtet, dass eine beauftragte Firma unredlich abrechnen könnte, um sich zu bereichern. Sachgebietsleiter Herr Winterstein betont, dass nicht nach Anzahl der Bescheide abgerechnet werde, sondern nur der Zeitraum, in welchem die Firma für die Stadt tätig sein würde. Er nimmt den Wunsch der Räte auf, in die Ausschreibung die Voraussetzung aufzunehmen, dass bis 22 Uhr/23 Uhr gemessen werde.

Zudem differenziert er, dass für Verstöße durch rücksichtslose Fahrradfahrer und Lieferdienste die Polizei und für Parkverstöße der VÜD zuständig sei.

Stadtrat Paul schlägt vor, dass man zeitlich befristet für ein Jahr ausschreiben und kurz vor Ablauf der Frist ein Resümee ziehen solle. Selbstverständlich könne man bei Zufriedenheit den Vertrag verlängern. Rechtsdirektorin Schmöger bezweifelt, dass sich unter diesen Voraussetzungen eine Firma finden werde.

Oberbürgermeister Güntner stellt die Anregung von Stadtrat Paul zu einer Befristung zur Abstimmung:

beschlossen **dafür 23** **dagegen 5**

Entsprechend wird die Ziffer 2 des Beschlussvorschlags dieser Änderung angepasst und mit folgendem Passus ergänzt: „für den Zeitraum für ein Jahr mit der Option auf Verlängerung“.

beschlossen **dafür 22** **dagegen 6**

1. Vom Sachvortrag 2021/174 wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen führt ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt die Überwachung des fließenden Verkehrs für den Zeitraum von einem Jahr mit der Option auf Verlängerung im Bereich des Stadtgebietes mit Stadtteilen durch.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, mit der Polizei eine Vereinbarung über die Übernahme der Überwachung des fließenden Verkehrs durch die Stadt Kitzingen zu schließen.
4. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, ein qualifiziertes Unternehmen mit der Durchführung der Überwachung (von der Messung, Überwachung bis zur Verfahrensbegleitung) zu beauftragen.

3. Vermögensbuchführung der Stadt Kitzingen; Bestandsverzeichnis für das bewegliche Vermögen; Vorlage: 2021/166

Von der Sitzungsvorlage 2021/166 wird Kenntnis genommen.

4. Breitbandausbau in Kitzingen; Kooperation mit der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH; Vorlage: 2021/175

Bauamtsleiter Graumann verweist auf die Unterlagen zu Ziffer 4 und teilt mit, dass sich das Angebot der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH an jene Bereiche richte, welchen aktuell weniger als 100 Mbit zur Verfügung stünden. Die Stadt Kitzingen wäre Vertragspartner und es fielen keine Kosten an.

Stadtrat Christof ist unzufrieden, dass erneut keine Ausschreibung vorgenommen worden sei. Die Verwaltung habe sich für den günstigsten Anbieter entschieden und werde die anfallenden Kosten auf die Bürger umwälzen. Zudem seien keine Kündigungsmodalitäten genannt. Abschließend erinnert er an die schlechten Erfahrungen, welche Kitzingen in diesem Zusammenhang mit der Telekom gemacht habe.

Bauamtsleiter Graumann erinnert an das Telekommunikationsgesetz und dass man keinen Einfluss darauf habe, wo und wie oft in die Straße eingegriffen werde. Es müsse daher auch kein Vertrag geschlossen werden. Die Bereitstellung des Internets sei eine kostenpflichtige Dienstleistung. Auf Nachfrage von Stadtrat Rank, warum dann ein Vertrag geschlossen werden müsse, führt die Verwaltung aus, dass es sich um einen Kooperationsvertrag, eine Verschriftlichung der gesetzlichen Regelungen, handle. Wholesale würde erst anfangen, wenn min. 40% der Anwohner in einem Gebiet Kunde seien.

Bauamtsleiter Graumann greift die Beschwerden einiger Räte über den mangelhaften Verschluss der Straße nach Ende der Arbeiten der Telekommunikationsanbieter auf. Er teile deren Meinung, dass es manchmal problematisch sei, allerdings würden nicht alle Subunternehmer derart schlecht arbeiten. Rechtsdirektorin Schmöger fügt an, dass man binnen von zwei Wochen nach Fertigstellung den Mangel dokumentieren und melden müsse.

Aus dem Gremium heraus werden Sicherungsübereignungskredite und Bürgschaften vorgeschlagen, um zukünftig über eine bessere Handhabe zu verfügen.

Stadtrat Popp würde bei der Stadt Aschaffenburg nachfragen, welche Erfahrungen man dort mit der Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH gemacht habe.

Nach weiteren Wortmeldungen zum Thema beantragt Stadtrat Markert das Ende der Debatte.

Dies stellt Oberbürgermeister Güntner zur Abstimmung:

beschlossen dafür 23 dagegen 7

Abschließend gibt Stadtrat Pauluhn zu Bedenken, dass die Stadt keinen Einfluß hätte, wer versorgt wird. Er befürchte, dass die Firma Rosinenpickerei betreiben werde und einige Bereiche Kitzingens weiterhin unterversorgt blieben. Wholesale würde nur unter der Voraussetzung beginnen, dass die Stadt Kitzingen kooperiert. Daher schlägt er vor, dies zurückzustellen und einen Vertreter in den Stadtrat zu bitten.

Dies stellt Oberbürgermeister Güntner zur Abstimmung:

beschlossen dafür 24 dagegen 6

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

5. Genehmigung von Beiratsordnungen (BO); hier: BO des Senioren- und Behindertenbeirats sowie des Beirats für Kultur und Tourismus; Vorlage: 2021/177

Stadtrat Christof betont, dass er der Beiratsordnung für den Kultur- und Tourismusbeirat nicht zustimmen werde, da dieser mit Leuten aus Verwaltung überfrachtet sei. Verwaltung und Kultur schließen sich seiner Ansicht nach aus. Er lehne ein Rede-recht für die Leitung der Kultureinrichtungen ab.

Verwaltungsrat Hartner erinnert, dass die Mehrheit des Beirats zugestimmt habe.

Die Beiratsordnung für den Kultur- und Tourismusbeirat wird separat zur Abstimmung gegeben:

beschlossen dafür 28 dagegen 2

1. Vom Sachvortrag 2021/177 wird Kenntnis genommen.

2. Mit den vorgelegten Beiratsordnungen des

a) Beirates für Senioren und Menschen mit Behinderung

beschlossen dafür 30 dagegen 0

b) Beirates für Kultur und Tourismus

besteht Einverständnis.

Somit sind beide Beiratsordnungen mehrheitlich beschlossen und treten in Kraft.

6. Grünflächenkonzept Kitzingen-Siedlung; Vorlage: 2021/168

Herr Wehner informiert anhand beigefügter Präsentation.

Stadtrat Paul erkundigt sich bei der Quartiersleitung nach der Zeitschiene. Herr Res-tetzki führt aus, dass im Herbst 2021 mit den Maßnahmen an zwei Spielplätzen be-gonnen werden solle. Für den Sickergrund wolle man einen Arbeitskreis bilden und ein Konzept entwerfen. Für den Spielplatz in der Armin-Knab-Straße wolle man aus-schreiben.

Stadtrat Pauluhn wünscht sich eine schnelle und unkomplizierte Umsetzung.

Stadträtin Schmidt bittet darum, wo möglich, Barrierefreiheit für Senioren und Geh-behinderte zu schaffen. Bordsteine seien oft ein großes Hindernis. Herr Wehner habe dies nicht explizit geprüft, halte es aber für möglich, dass man dies bei der Neuge-staltung der Kreuzungsbereiche (Grünverbindungen) bei den wichtigsten Straßen berücksichtigen könnte.

Oberbürgermeister Güntner verweist auf die schnelle und unkomplizierte Anbringung der Rampe am Nahkauf in der Siedlung.

Stadtrat Popp erinnert an die Idee, einen „Sickerpark“ zu schaffen, in welchem Schrebergärten entstehen und Veranstaltungen stattfinden könnten.

Herr Wehner stimmt dem grundsätzlich zu – die Fläche sei sicherlich groß genug. Dies würde jedoch noch viel Zeit und Planung erfordern.

7. Anträge von Fraktionen und Gruppen

7.1. Einrichtung einer Stadtratskommission; Antrag der KIK Nr. 183/2021 vom 24.05.2021; Vorlage: 2021/157

Stadtrat Christof führt ins Thema ein und verweist auf das Schreiben des Staatsministeriums des Inneren, welches er im Vorfeld kommuniziert habe. Bürgerbeteiligung sei Fördervoraussetzung. Im Eigeninteresse solle man den Dialog mit Bürgern und Verbänden suchen, auch wenn dies sicher langwierig sei.

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen unterstützen den Antrag. Die ÖDP stimme zu, wenn man die Entwicklung der Kaiserstraße und des Königsplatzes herauslöse, und diese wie geplant entwickle. Man möchte keine weitere Verzögerung.

beschlossen **dafür 16 dagegen 14**

1. Vom Sachvortrag 2021/157 wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt die Einrichtung einer Stadtratskommission zur Einleitung eines Bürgerbeteiligungsverfahrens, die die Rahmenbedingungen des Verfahrens unter Einbeziehung aller digitalen und technischen Möglichkeiten nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen festlegt. Dabei ist die im Antrag Nr. 182 fixierte Systematik in die Diskussion einzubeziehen.
3. Die Vertreter der Stadtratskommission und weitere Institutionen, wie z. B. der Stadtmarketingverband werden sich in ihrer Arbeit an den Städten orientieren, die ein solches modernes Beteiligungsverfahren erfolgreich umgesetzt haben. An der Auswahl geeigneter Kommunen sowie an der Orientierungsfahrt sollten neben Stadtverwaltungsmitgliedern auch weitere Institutionen wie z. B. der Stadtmarketingverband beteiligt werden.

7.2. Fahrplan attraktive Innenstadt: weiteres Vorgehen; Antrag der SPD-Fraktion Nr. 153/2021 vom 24.05.2021; Vorlage: 2021/153

Stadtrat Paul referiert, dass er eine Onlinebefragung für unzureichend halte, da diese zu themenbezogen sei. Seine Intention sei, die Bürger, die in der Innenstadt leben und arbeiten, während des ganzen Prozesses zu beteiligen. Es handle sich um langfristige Entscheidungen, die mehr als Parkplätze und Verkehr betreffen. Er schlage vor, dass ein Stadtentwickler moderiere und sich der Stadtrat etwas zurücknehme. Er sei für die Vorschläge der Bürger offen und halte diesen Weg für ein gutes Mittel gegen Politikverdrossenheit.

Die Stadträte Rank und Moser weisen auf die mittlerweile zehn Jahre andauernde Diskussion hin. Es läge nicht an der Beteiligung, sondern an der Umsetzung. Gutachten und Konzept lägen bereits vor. Stadtrat Pauluhn stimmt zu, dass man eine Entscheidung treffen und diese auch umsetzen müsse.

abgelehnt **dafür 10 dagegen 19**

7.3. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen vom 05.06.2021; hier: Beschaffung nachhaltiger produzierter und fair gehandelter Berufskleidung; Vorlage: 2021/152

Stadträtin Dr. Kramer-Grünwald möchte die Formulierung im Beschlussvorschlag „wenn möglich“ durch „im Regelfall“ ersetzen.

Oberbürgermeister Güntner bittet Stabstelle Biebl, zukünftig den Beschlussvorschlag dem Wortlaut des Antrags anzupassen.

Frau Biebl informiert, dass die Mitarbeiter des Bauhofs Kleidung getestet und sich auf einen deutschen Hersteller festgelegt hätten. Dieser sei aber noch nicht zertifiziert. Sie stimmt Stadtrat Ranks Aussage zu, dass man schon seit Jahren versuche, möglichst fair zu beschaffen.

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt abgeändert und zur Abstimmung gestellt:

„Der Stadtrat beschließt, die Berufskleidung für Beschäftigte der Stadt Kitzingen in Zukunft möglichst nachhaltig produziert und fair gehandelt zu beschaffen.“

beschlossen **dafür 27 dagegen 2**

1. Vom Sachvortrag 2021/152 wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beschließt, die Berufskleidung für Beschäftigte der Stadt Kitzingen in Zukunft möglichst nachhaltig produziert und fair gehandelt zu beschaffen.

7.4. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Aussenfassadenanstrich Galgenwasen 21-37; Vorlage: 2021/178

Stadträtin Schmidt bedankt sich für die schnelle und unkomplizierte Behandlung im Gremium.

abgelehnt **dafür 30 dagegen 0**

Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

1. Im Zuge eines einheitlichen Erscheinungsbildes werden die Außenfassaden des Bereiches Galgenwasen 21 – 37 in die Maßnahme Galgenwasen 13 – 20 einbezogen.
2. Die hierfür notwendigen Haushaltsmittel werden im notwendigen Umfang bei Haushaltsstelle 1.8801.9450 zur Verfügung gestellt.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, nach Ausschreibungsverfahren den Zuschlag an den wirtschaftlichsten Bieter zu erteilen.

7.5. Antrag der Bayernpartei vom 26.05.2021 - hier: Insektenfreundliche Nutzung von stillgelegten Grabstellen; Vorlage: 2021/169

Stadtrat Hartmann konkretisiert, dass sich der Antrag nur auf den Alten und nicht auf den Neuen Friedhof beziehe. Er möchte die Artenvielfalt fördern und unterstützen. Stadtrat Volk stimmt ihm zu und fügt an, dass die Nachfrage nach Friedwaldbestatungen sehr hoch sei. Dieser erfordere auch wenig Pflegeaufwand. Man könnte einen Arbeitskreis bilden und genauer ausarbeiten, wie ein Friedwald auf den jeweiligen Friedhöfen aussehen könnte.

Da es zu Ziffer 1 des Beschlussvorschlages durchaus kritische Wortmeldungen gibt, stellt Oberbürgermeister Güntner beide Ziffern getrennt zur Abstimmung.

beschlossen **dafür 20 dagegen 9**

Beschlussvorschlag der Bayernpartei zum Antrag vom 26.05.2021:

1. Die Stadtgärtnerei wird beauftragt, brachliegende Grabstellen mit insektenfreundlichen Mischungen (wie beispielsweise Veitshöchheimer Bienenweide) anzulegen.

beschlossen **dafür 29** **dagegen 0**

2. Die Nutzung einzelner Grabstellen für die Möglichkeit einer Baumbestattung (durch flachwurzelnende Bäume) sollte in diesem Zusammenhang überprüft werden.

7.6. Erneuter Antrag Umweltbeirat; hier: Begrünung von Flachdächern
Vorlage: 2021/165

Der Antrag zur Begrünung von Flachdächern werde erneut behandelt, da Uneinigkeit bestanden habe, bis zu welcher Dachneigung von einem Flachdach gesprochen werden könne bzw. bis wann eine Begrünung sinnvoll und durchführbar sei.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass ein begrüntes Dach nicht als Ausgleichsfläche gesehen werden könne und eine pauschale Verpflichtung für gewerbliche und private Bauherrn nicht zielführend sei.

Die Stadträte Pauluhn, Markert und Sanzenbacher betonen, dass der Beschlussvorschlag gut formuliert sei. Die Wahl der Dachform sei weiterhin gegeben und man könne außerdem durch statistische Berechnungen die Dachneigung verändern um die Verpflichtung zur Begrünung zu umgehen.

Stadtrat Pauluhn fügt hinzu, dass es in Norwegen üblich sei, Dächer mit einer Neigung von mehr als 45 Grad zu begrünen, obwohl die Niederschlagsmenge höher sei als in unseren Breiten.

beschlossen **dafür 30** **dagegen 0**

Beschlussvorschlag des Umweltbeirats:

1. Künftige Bebauungspläne, egal ob im privaten, industriellen oder gewerblichen Bereich sollen mit folgenden Zusatz versehen werden:
„Flachdächer und flachgeneigte Dächer bis zu einer Dachneigung von 20 Grad (sofern diese mit Bitumen oder Kunststoffabdichtungen versehen sind) müssen begrünt werden es sei denn es wird eine Nutzung von Solaranlagen vorgesehen oder statische Berechnungen (muss durch den Bauträger nachgewiesen werden) sprechen dagegen.“
2. Die Verwaltung wird gebeten, diesen Passus zukünftig in der Bauleitplanung zu verwenden.

8. Entwicklung Bahnhofsvorplatz Etwashausen; Vorlage: 2021/179

Herr Rosentritt erläutert anhand seiner Präsentation seine Planungen zur Entwicklung des Geländes am Etwashäuser Bahnhof.

Er betont, dass er versuche, den ökologischen Fußabdruck zu verringern und daher die Gebäude höher werden sollen. Dies sei aber am Ortsrand darstellbar. Die Flachdächer würden begrünt, ebenfalls die Fassade. Er werde Wärmeaustauschpumpen verwenden. Für jede Wohnung werde eine E-Ladesäule angebracht und mindestens 1,5 Pkw Stellplätze vorgehalten, um den Bedarf zu decken. Die Wohnfläche selbst stehe fest, die Anzahl der Wohnungen richte er aber am Bedarf aus. Er rechne mit

180 – 200 Wohnungen.

Stadtrat Rank bedankt sich für die Präsentation und den nachhaltigen Charakter der Anlage. Allerdings empfinde er 5 Vollgeschosse selbst am Ortsrand Etwashausen als zu wuchtig.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fürchtet, dass durch die Wohnblöcke die Luftschneise in den Ortsteil blockiert werden würde. Außerdem wird auf eine mögliche Betriebserweiterung der Fa. Kaidel in der Zukunft sowie die Planungshoheit der Stadt hingewiesen. Eine Visualisierung von der Nordtangente aus wäre hilfreich gewesen.

Oberbürgermeister Güntner weist die Besucher darauf hin, dass Klatschen sowie Zwischenrufe untersagt sind.

Investor Rosentritt merkt an, dass er bereits mit dem Inhaber der Firma Kaidel in Kontakt stehe und die Gespräche konstruktiv seien. Man gehe nicht davon aus, dass in der Richthofenstraße viel mehr Verkehr entstünde. Die Zu- und Abfahrt werde hauptsächlich über die Nordtangente gesehen.

Stadtrat Pauluhn schließt sich der Haltung, die Tangente für den Verkehrsfluss nutzen zu wollen, an. Diese sei eigentlich für mehr Fahrzeuge ausgelegt, als aktuell tatsächlich dort fahren. Dies müsste aber mit dem Staatlichen Bauamt geklärt werden. Er verstehe den Hinweis des Investors auf seine Auslagen und die Wirtschaftlichkeit, bittet aber auch, die Geschossanzahl zu überdenken. Höhenschnitte und graphische Darstellungen, wie sich die neue Bebauung im Gelände auswirke, wären durchaus hilfreich, um besser urteilen zu können.

Stadtrat Moser lobt die Planungen und würde sich diese innovative Gestaltung für die Marshall Heights wünschen. Die erneute Versiegelung von Flächen bereite ihm Sorgen. Er schlägt vor, auf der Fläche nicht Wohnen sondern Handwerk anzusiedeln.

Weitere Stimmen aus der CSU loben die Planungen umfänglich.

Stadtrat Christof ist verärgert, dass er die Haltung, die er aus der Fraktionsvorsitzendenbesprechung mitgenommen habe, dass die Stadt die Entwicklungspolitik bestimme und nicht der externe Entwickler, in großen Teilen des Stadtrats nicht mehr wahrnehme. Er möchte heute die Verkehrsanbindung und die Gebäudehöhe festlegen.

Die Verwaltung erinnert, dass zuerst der Aufstellungsbeschluss zur Realisierung von Einzelhandel an dieser Stelle aufgehoben und dann der Grundsatzbeschluss „Wohnbebauung“ geschlossen werden müsse. Alle weiteren Details könnten im Nachhinein festgelegt werden.

Oberbürgermeister Güntner habe kein Problem mit der neuen Richtung und halte die genannten Probleme für lösbar. Bisher habe Herr Rosentritt das in ihn gesetzte Vertrauen nicht enttäuscht.

Auf die Kritik von Stadtrat Christof, dass der Stadtrat zu spät informiert worden sei, erwidert er, dass man, sobald das Schriftstück vorlag, das Thema dem Gremium unterbreitet habe.

Der Investor fügt an, dass auch er Vertrauen in den Stadtrat haben müsse, da die Planungen und Vorbereitungen sehr zeit- und kostenintensiv seien. Die von den Räten gewünschte zusätzliche Visualisierung hätte dazu geführt, dass er erst viel später hätte präsentieren können.

Bauamtsleiter Graumann stimmt ebenfalls für Wohnen auf dem Areal. Es sei ein regulärer B-Plan, kein vorhabenbezogener Bebauungsplan angedacht.

Die Höhe der Gebäude sowie Wohnentwicklung im Stadtgebiet Kitzingen werden weiter kontrovers diskutiert.

Abschließend warnt Stadtrat Paul, dass man sich einigen müsse, da Herr Rosentritt nicht ewig warten könne.

Oberbürgermeister Stefan Güntner schließt die öffentliche Sitzung um 22:00 Uhr.

Vorsitz

Schriftführung

Stefan Güntner
Oberbürgermeister

Bettina Lode
Angestellte